



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

33/2011 19.08.2011

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Priv.-Doz. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 78/2011](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die **Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften** geändert wird; Neuregelung der **Voraussetzungen für die Anerkennung** als gesetzlich anerkannte Kirche oder Religionsgesellschaft; **Schaffung eines geordneten Verfahrens bei Aufhebung einer Anerkennung**; Ersatz der Kundmachung von Anträgen im Amtsblatt durch eine moderne Methode

[BGBl I 79/2011](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge im dritten Satz des § 9 Abs 8 des Umgründungssteuergesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 261/2011](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit über Meldungen von Herstellern von Medizinprodukten oder deren Bevollmächtigten, Meldungen von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen und von benannten Stellen, Meldungen von Zwischenfällen und klinischen Prüfungen sowie Meldungen an die Europäische Datenbank für Medizinprodukte (**Medizinprodukte-meldeverordnung**)

[BGBl II 262/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zur Festlegung der Kriterien betreffend die Definition, Bezeichnung, Veröffentlichungspflichten, Anlegerinformation und Anlagebeschränkungen von Geldmarktfonds und Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur (**Geldmarktfondsverordnung** – GMF-V)

[BGBl II 263/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zur Festlegung der näheren Erfordernisse einer elektronischen Übermittlung und Hinterlegung der Prospekte und Kundeninformationsdokumente (**Übermittlungs- und Hinterlegungsverordnung** – ÜHV)

[BGBl II 264/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zur buchhalterischen Darstellung, Rechnungslegung und Ermittlung des Wertes von Teilfonds bei Umbrella-Konstruktionen (**Teilfondsverordnung** – TFV)

[BGBl II 265/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über das **Kundeninformationsdokument** für Umbrella Konstruktionen und Organismen zur gemeinsamen Veranlagung (**KID-V**)

[BGBl II 266/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Risikoberechnung und Meldung von Derivaten (**4. Derivate-Risikoberechnungs- und Meldeverordnung**)

[BGBl II 267/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Art der elektronischen Übermittlung der Meldung von Derivaten (**Derivate-Meldesystemverordnung 2011 – DMV 2011**)

[BGBl II 268/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Informationen- und Gleichwertigkeitsfestlegungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 269/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung** geändert wird

[BGBl II 270/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Prospektinhalt-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 271/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Immobilienfonds-Prospektinhalt-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 272/2011](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Auslagerungsverordnung**, die **Verordnung über die besonderen Veranlagungsvorschriften für Pensionskassen**, die **Interessenkonflikte- und Informationen für Kunden-Verordnung**, die **Quartalsmeldeverordnung**, die **Solvabilitätsverordnung**, die **Verzeichnisverordnung** und die **Kapitalanlageverordnung** geändert werden

[BGBl II 276/2011](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der ein nationales Sicherheitsprogramm erlassen wird (**Nationales Sicherheitsprogramm-Verordnung – NaSP-VO**)

[BGBl II 278/2011](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, mit der die aliquoten administrativen und finanziellen Aufwendungen sowie die aliquoten Aufwendungen für die Ausgleichsenergie der Ökostromabwicklungsstelle für das Jahr 2011 bestimmt werden (**Aliquotierungsverordnung 2011**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 207 v 12.08.2011, 14](#)

Beschluss der Kommission vom 10. August 2011 zur **Einsetzung der Sachverständigengruppe für Menschenhandel** und zur Aufhebung des Beschlusses 2007/675/EG

[ABI L 207 v 12.08.2011, 22](#)

Beschluss der Kommission vom 11. August 2011 zur Ermächtigung **Spaniens**, die Anwendung der Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EU) Nr 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** innerhalb der Union hinsichtlich rumänischer Arbeitnehmer vorübergehend auszusetzen

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse und Beschlüsse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

16.06.2011, [2009/10/0160](#)

Grazer BaumschutzVO; Anzeige der **Entfernung eines durch VO geschützten Baumes**; Entfernung wegen Schäden durch SV empfohlen; Behörde säumig

16.06.2011, [2009/10/0165](#)

Stmk WaldschutzG; Bund zum **Ersatz der Schäden eines Waldbrands** verpflichtet; keine ausreichende Begründung des Bescheids bzw keine ausreichende Aufschlüsselung für Kostenersatz; Ersatzansprüche keine zivilrechtlichen Ansprüche gemäß Art 6 EMRK

16.06.2011, [2011/10/0028](#)

Tir NaturschutzG; Strafe wegen **Nichteinhaltung der Auflagen zum Betreiben einer Kleinwasserkraftanlage**; unzureichender Abgabe von Pflichtwasser; keine unschlüssige Beweiswürdigung durch Behörde; keine Aufnahme der Beweise des Bf, weil SV Gutachten fachlich richtige Fakten erhoben hat

06.07.2011, [2009/06/0237](#)

Bau-DelegierungsV; Erteilung der **Bauplatzgenehmigung** wurde an die BVB delegiert, welche alle Aufgaben in diesem normativen Zusammenhang zu erfüllen haben, auch die Abwicklung von Grundabtretungsfällen; Verfahren über die Rückgängigmachung ist jedoch eigenständig, Gemeinde dafür zuständig

14.07.2011, [2007/10/0151](#)

LebensmittelG; Strafe wegen **Transport von Magermilch in Tankwagen** für Altspisefett; Transport nur in Behältern, die ausschließlich für Lebensmittel verwendet werden

14.07.2011, [2009/10/0201](#)

NÖ NaturschutzG; Auftrag zur Entfernung einer Anschüttung von Aushub und Bauschutt in Grünland; der dort wachsende **Schilf ist naturschutzrechtlich geschützt**, keine vollständiger Schilfgürtel Voraussetzung

14.07.2011, [2009/10/0215](#)

UniversitätsG; Ablehnung eines Habilitationsantrags für „Orgel und Improvisation“, weil keine hervorragende künstlerische Qualifikation vorliegt; Oberbehörde kann nach Devolutionsantrag die Erkenntnisse der Unterbehörde heranziehen, über Habilitationsantrag entscheidet der Rektor, nicht die Habilitationskommission; Protokolle der Sitzungen haben Beweiswert; keine Anhaltspunkte für Befangenheit der SV

14.07.2011, [2010/10/0011](#)

Tir NaturschutzG; Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Wasserkraftanlage; VwGH nicht an Weisungen in Form einer **Checklist für Wasserkraftwerke** gebunden; Schlüsse auf das Landschaftsbild aus Gutachten nicht möglich; Behörde widerspricht SV bei möglichen Auswirkungen auf ein Nationalparkgebiet; langfristigen Naturschutzgedanken durch erneuerbare Energien ist Vorzug zu geben

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Senden Sie ein E-Mail mit Ihrem Namen, Ihrer beruflichen Funktion sowie der E-Mail-Adresse, an die der Newsletter zugestellt werden soll, an oeer-aktuell@jku.at.

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Priv.-Doz. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Wiss.-Mitarbeiter Fabian Hanz.